

mit aller Macht zu zerstreuen. Alle noch bereitstehenden Pirchengelder sollten im Interesse des Vaterlandes Verwendung finden.

15 000 Tonnen.

(W.F.B.) Berlin, 2. September. Im mittleren Mittelmeer versenkten unsere U-Boote 15 000 Brutto-Register-Tonnen, darunter einen Truppentransportdampfer von über 6000 Tonnen. Der Chef des Admiraltabs der Marine.

Die Kriegsteuerzulage.

Im Preussischen Finanzministerium fand eine Besprechung über die Gestaltung der in Aussicht genommenen Gewährung einer einmaligen Steuerzulage statt, an der der Finanzminister, der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Zahn, höhere Beamte aus den Ministerien, Vertreter der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände und des Verbandes deutscher Beamtenvereine teilnahmen.

Nach Betonung der Notwendigkeit, den Beamten angesichts der gewaltigen Steuererhöhung erneut zu Hilfe zu kommen, entwarf der Finanzminister den Plan, den die Regierung bei der Ausführung ihrer Absicht, eine einmalige Zulage zu gewähren, nach sorgfältiger Prüfung aller in Betracht kommenden Momente, zur Ausführung zu bringen gedenke. Die Steuererhöhung sei so weit fortgeschritten, daß auch die Bezüge der höheren Beamten nicht mehr ausreichten. Bei der Abwägung eingegangener Verbindlichkeiten und der Beschaffung notwendiger Bedarfsgegenstände könne nicht verkannt werden, daß die höhere berufliche und gesellschaftliche Stellung in mancher Hinsicht auch während der Kriegszeit höhere Aufwendungen erfordere. Aus diesem Grunde sei die Regierung entschlossen, auch bei den einmaligen Zulagen eine Differenzierung nach Gehaltsklassen eintreten zu lassen. Es müsse also eine Regelung angestrebt werden, wie sie bei den laufenden Kriegsteuerzulagen bereits vorhanden ist. Die Staatsregierung verlasse dabei nicht, daß wir in einer Zeit leben, die die Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte zur Pflicht mache. Aus diesem Grunde sei ein Mindestbetrag und ein Höchstbetrag vorgezogen, außerdem sei auch der 10prozentige Zuschlag für Kinder im Mindestfalle auf 50 Mark festgesetzt worden. Von einer Differenzierung nach teuren und nicht teuren Orten werde in diesem Falle abgesehen, da die Gründe, die bei der laufenden Kriegszulage für eine Differenzierung sprächen, in demselben Maße bei der einmaligen Zulage nicht geltend gemacht werden könnten.

Die Aufwendungen hätten bei der früheren einmaligen Zulage 87 Millionen betragen, während diesmal ein Betrag von 228 Millionen vorgezogen sei. Es sei geplant, in folgender Weise vorzugehen: Grundbetrag 200 M. plus Monatsgehalt (ausschließlich Wohnungsgeld) plus 10 v. H. Zuschlag für jedes Kind. Mindestbetrag 400 M. Mindestbetrag für ein Kind 50 M. Berücksichtigt werden Beamte mit einem Gehalt bis zu 20 000 M. Der Höchstbetrag der Zulage wird auf 1200 M. festgesetzt. Die ledigen Beamten erhalten 70 v. H. der Zulage für kinderlos Verheiratete, d. h. mindestens 70 v. H. von 400 M. gleich 280 M. Höchstbetrag 700 M.

Auch für die Pensionäre werden erhöhte Beträge bereitgestellt, die in möglichst entgegenkommender Weise gewährt werden sollen, auch dann, wenn Nebenbezüge vorhanden sind.

Der Vertreter des Reichsschatzamts schloß sich den Ausführungen des Finanzministers an unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß nicht mehr für die Beamten aufgewendet werden könnte. Die Beamten müßten sich vor Augen halten, daß auch die Angehörigen anderer Berufsstände vielfach die schwersten Verluste zu tragen hätten. Es bleibe abzuwarten, ob und wann weitere Hilfsmassnahmen einzusetzen hätten.

Die anwesenden Vertreter der Verbände bemühten sich, die Unzulänglichkeit der geplanten Regelung nachzuweisen, und stellten übereinstimmend den Antrag, den Grundbetrag von 200 M. auf 600 M. und den Zuschlag für

Kinder auf 20 v. H. zu erhöhen. Die Vertreter der Interessengemeinschaft betonten außerdem, daß sie einen Betrag von mindestens 1200 M. erwartet hätten und daß dieser Betrag bei den obwaltenden Verhältnissen durchaus nicht als zu hoch bezeichnet werden könnte. Es wurde auf die Zulagen an das Eisenbahnpersonal verwiesen und zum Ausdruck gebracht, daß sich besonders bei den Eisenbahnbeamten eine hochgradige Erregung bemerkbar mache. Die Beamenschaft könne neue schwere Enttäuschungen kaum noch ertragen. Die Bereitstellung ausreichender Mittel allein sei geeignet, eine Beruhigung herbeizuführen. Da nach der Haltung der Regierungsvertreter an eine Aenderung des vorgeschlagenen Systems im Grunde nicht zu denken war, traten die Vertreter der Beamenschaft am Schluß noch einmal nachdrücklich für eine Erhöhung der Sätze ein, damit den großen Massen der geringer besoldeten unteren und mittleren Beamten eine wirksamere Hilfe gebracht werden könne.

Trotz des Hinweises des Ministers, daß erhebliche höhere Mittel nicht flüssig gemacht werden könnten, ließ die seinerseits erfolgte Feststellung, daß übereinstimmend wenigstens eine Erhöhung der niedrigsten Sätze verlangt werde, die Bereitwilligkeit erkennen, in eine erneute Prüfung einzutreten, ob diesen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Im übrigen wurde von dem Minister selbst betont, daß die Zahlung der Zulage so schnell als möglich erfolgen müsse.

In der Frage der Steuerzulagen ist, wie wir hören, inzwischen alles entschieden worden und ein Erlaß, der alle Einzelheiten regelt, soll heute oder morgen herauskommen. Es wird dann auch unverzüglich an die Auszahlung herangegangen werden. Man hat sich übrigens entschlossen, den ursprünglich auf 200 M. bemessenen Grundbetrag auf 250 M. zu erhöhen, und auch der Mindestbetrag der Steuerzulagen wird eine Erhöhung erfahren, so daß er sich auf etwa 500 M. stellen dürfte.